

# Der Gewerksverein.

Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.).

Erscheint am

1. und 16. jeden Monats.

Redaktion und Expedition

Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Fernsprecher: Amt Alleg. 4720.

Abonnementpreis

pro Vierteljahr M. 1.50.

Nr. 117

Berlin, den 1. Juni 1921.

53. Jahrgang.

## Inhalt.

Organisationsarbeit — Volksarbeit. — 14. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter. — Ein Gebot der Stunde. — Soziales. — Aus dem Verbands. — Amtlicher Teil. — Adressenänderungen. — Literatur.

## Organisationsarbeit — Volksarbeit.

Durch die Annahme des von der Entente gestellten Ultimatum hat sich das deutsche Volk verpflichtet, die darin enthaltenen Forderungen zu erfüllen. Es besteht sicherlich auch an allen verantwortlichen Stellen die feste Entschlossenheit, die übernommenen Verpflichtungen durchzuführen. Wie weit das überhaupt möglich ist, das wird die Zukunft lehren. Heute schon zu sagen, dies geht nicht und das geht nicht, heißt nur den Willen zur Durchführung schwächen. Andererseits aber ist es notwendig, sich keinen Illusionen über die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hinzugeben. Was von uns verlangt wird, ist so ungeheuerlich, daß es nur bei Anspannung aller äußersten Kräfte geleistet werden kann. Darüber besteht nirgends Unklarheit.

Aus dem deutschen Volksvermögen lassen sich die von uns geforderten Summen nicht aufbringen. Ein Teil davon allerdings wird geopfert werden müssen; in welcher Weise, das festzulegen wird eine der nächsten Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaften sein. Der Löwenanteil aber wird herbeigeschafft werden müssen durch produktive Arbeit. Unser Volk wird noch fleißiger als in früheren normalen Zeiten schaffen müssen, um den Trohn für unsere Feinde zusammenzubringen. Dabei ist unter „Volk“ natürlich nicht allein die Arbeitnehmerschaft zu verstehen. Auch sie wird, so schwer es ihr auch fällt, ihren Anteil auf sich nehmen. Vor allem aber müssen die Lasten aufgebracht werden aus den ungeheuren Riesengewinnen, die das Unternehmertum, wie die Berichte der Aktiengesellschaften zeigen, einheimst. Um dies zu ermöglichen, wird eine Umstellung unseres gesamten Wirtschaftslebens, etwa in dem Sinne, wie sie Rathenau und andere namhafte Wirtschaftspolitiker vorgeschlagen haben, nicht zu umgehen sein. Diese Pläne sind so oft und so ausgiebig in der Öffentlichkeit erörtert worden, daß man nun endlich einmal zu Taten übergehen sollte. Nicht mehr der Profit des einzelnen Unternehmers darf für die Zukunft das Ziel der Produktion sein, sondern der höchstmögliche Ertrag für die Allgemeinheit. Das bedingt auch, daß die einzelnen Betriebe technisch alle Hilfsmittel in Anwendung

bringen, die eine möglichst gründliche Ausnützung ermöglichen.

Daß auch die Arbeiterschaft ihre Pflicht tun muß und wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Klagen, die man bis vor kurzem über Arbeitslosigkeit in den Betrieben hören konnte und die zu einem Teile vielleicht auch nicht unberechtigt waren, sind nach und nach verstummt. Für die Zukunft werden die deutschen Arbeiter, im Bewußtsein der hohen Verantwortung, die auch sie zu tragen haben, noch mehr als bisher darauf bedacht sein, die Produktion zu fördern und rationell zu gestalten. Natürlich muß ihnen ein Lohn gezahlt werden, der ihnen und ihrer Familie ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet. Und von einem Abbau des Achtstundentages, dem hier und da namentlich in Unternehmerkreisen das Wort geredet wird, kann keine Rede sein. Solange noch Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos sind, wäre es — ganz abgesehen von allem andern — ein Unding, die Arbeitszeit der Beschäftigten zu verlängern. Ueberhaupt soll das Scharfmachertum nur nicht glauben, die Gelegenheit benutzen zu können, die geringen Rechte der Arbeiter noch weiter einzuschränken. In ihrer Nummer 20 vom 15. Mai schreibt die „Arbeitgeberzeitg.“, es sei zweifelhaft, ob die Industrie die Hauptlast der Forderungen des Ultimatum, die auf sie abgewälzt werden würden, werde tragen können. „Sie wird es ganz gewiß nicht können, wenn sie gleichzeitig weiter wie bisher durch die in Massen hergestellten sozialen Gesetze und Verordnungen gefesselt wird, die einseitig dem Standpunkte des Arbeitnehmers Rechnung tragen. Es wird sich als unabwendbar herausstellen, wenn die Industrie unter dem Druck des Feindes nicht ersticken soll, daß Gesetze und Verordnungen wie das Betriebsrätegesetz, Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern usw. einer Durchsicht in dem Sinne unterzogen werden, daß der die Verantwortung für die Rentabilität des Betriebes und damit für die Existenz seiner Arbeiter tragende Fabrikleiter wieder Herr in seinem Betriebe wird.“

Da haben wir es offen ausgesprochen, was die Scharfmacher in ihres Herzens stillem Kämmerlein wünschen: Der Herr-im-Hause-Standpunkt muß gefestigt, der starre Fabrikabsolutismus wieder hergestellt werden. Eine solche Forderung, in der jetzigen Zeit erhoben, ist reichlich naiv, so naiv, daß sie einer ernstlichen Widerlegung nicht bedarf. Aber daß sie überhaupt aufgestellt wird, ist ein Zeichen dafür, wie man sich in jenen Kreisen die Zukunft ausmalt. Glücklicherweise sind die Ansichten für die Erfüllung solcher Forderungen so gering, daß man sich nicht eingehender damit zu beschäftigen braucht. Aber sie sind ein Fingerzeig

### Amtlicher Teil.

Die Vertretung in Unfall- und Invalidenrentensachen vor dem Reichsversicherungsamt hat der Kollege Lewin wieder übernommen, der schon früher diese Tätigkeit für die Mitglieder unseres Verbandes ausgeübt hat. Es wird also ersucht, für die Zukunft alle in das Gebiet der Unfall- und Invalidenversicherung fallenden Streitigkeiten an folgende Adresse zu senden: Leonor Lewin, Berlin N.O. 55, Greifwalderstr. 221-23.

Quittung über eingefandte Beträge für die Verbands- und Organkasse pro I. Quartal 1921.

Bildhauer: Hauptkasse Mk. 80,50. Eisenbahner: Hauptkasse 250.—. Fabrik- und Handarbeiter: Hauptkasse 6336,40. Frauen und Mädchen: Hauptkasse 231,65. Holzarbeiter: Hauptkasse 234,48. Kreditoren: Hauptkasse 166,50. Lederarbeiter: Hauptkasse 963,20. Maler, Lackierer etc.: Hauptkasse 204,50. Metallarbeiter: Hauptkasse 20 330,75. Silchenbach 7,50. Schneider: Hauptkasse 985,55. Tabakarbeiter: Hauptkasse 500.—. Textilarbeiter: Hauptkasse 1247,50. Verband der Schiffsahrtsangestellten: Hauptkasse 151,80. Verband der Parteibeamten: Hauptkasse 45,50. Kommunale Straßenbahner Dresden: Hauptkasse 187,50. Deutscher Fleischergefellensbund: Hauptkasse 792.—. Brauer: Berlin 125,20, Dessau 18,38, Hamburg 5,40. Maschinisten: Hamburg 7,03. Gastereia: Hamburg 30.—. Ortsverband: Penig 62,50. Verkaufte Druck-sachen 140.—. Summa Mark 33 083,84.

Berlin, den 26. April 1921.

R. Klein, Verbandskassierer.

Quittung über eingefandte Beiträge für die Begräbniskasse des Verbandes im Monat April 1921.

Bauhandwerker: Berlin Mk. 2,47, Königsberg 4,68, Biegnitz 3,25, Merseburg 0,65, Rosen 22,83, Ulm 3,12. Brauer: Breslau 7,39. Bildhauer: Breslau 6,89, Landsberg 18,55. Fabrik- und Handarbeiter: Pergshofen 4,90, Berlin III 1,56, Gaarden 2,21, Penig 21,06, Stettin-Drebow 2,86. Gemeindevorsteher: Berlin I 16,38, Halle 17,42. Kaufleute: Berlin Nr. 2993 1,17, Berlin Nr. 3003 3,12, Stettin Nr. 3443, 3462 7,28. Maler, Lackierer: Berlin I 18,01, Chemnitz 8,71, Königszell 7,41, Raumburg 6,37, Straßsund 16,61, Reiz 10,01, Pitzau 5,29, Worms 0,78. Metallarbeiter: Aßersleben 5,98, Berlin V 13,56, Geislingen 2,85, Göttingen 10,01, Kallmich 8,12, Rathenow 8,16, Worms 0,78, Fischer Nr. 2264 0,91, Schulz Nr. 3083 1,04, Reil-Gumbinnen 3,12. Porzellanarbeiter: Althaldensleben 23,53, Altwasser 11,82, Fürstenberg 2,86, Königszell 17,42, Rudolfsstadt 6,75, Sophienau 8,51, Tiefenfurt 2,34, Weiskasser Nr. 1435 3,12, Treffel Nr. 1762 2,10, Remmena Nr. 1155 1,60, Weiß Nr. 1874 8,90. Schneider: Berlin 44,88, Breslau I 23,30, Breslau II 23,27, Cottbus 8,19, Danzig 4,68, Erfurt 15,99, Erlangen 7,54, Greifswald 4,16, Gagen 11,81, Heidelberg 12,09, Mannheim 20,15, Merseburg 10,27, Naumburg 4,29, Queblinburg 8,68, Rathenow 12,48, Straßsund 22,23, Weiskasser 34,45, Worms 0,78, Zweibrücken 5,07, Zerbst 8,06, Magdabor Nr. 2032 0,78. Lederarbeiter: Raupen 7,54, Berlin I 79,56, Wietzsch 23,35, Breslau 14,56, Bromberg Nr. 2663 2,34, Cöln 12,04, Cöstrin 2,69, Duisburg 26,78, Erfurt

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin N.O. 55, Greifwalderstraße 221-23.

Druck und Verlag: Webede u. Walling, Berlin N., Reichenstraße 110.

25,22, Frankfurt a. O. 8,45, Fraustadt 18,98, Halle 5,46, Herberg 1,82, Kandel 15,86, Königsberg 4,29, Mainz 5,20, Mühlheim-Ruhr 9,38, Mühlheim-Saarn 10,27, Raumburg 7,41, Roffen 1,44, Reußlän 12,22, Reiz 1,95, Rirmasens 102,48, Rotdam 8,86, Rostwein 69,42, Stettin 4,08, Ulm 4,94, Worms 8,45, Reiz 1,17, Weiskasser 496,62, Richter Nr. 1051 4,55. Textilarbeiter: Bad Sulza 14,69, Berlin 19,68, Chemnitz 18,85, Cottbus 8,36, Eckartsberga 6,89, Erlangen 15,48, Forst 81,38, Gabling 9,78, Großenhain 3,77, Helmbrechts 41,34, Münchenberg 13,91, Nürnberg 7,15, Sagan Nr. 1895 1,17, Spremberg 8,32, Schwarzengrund 15,08, Tannhausen 4,94, Pulsnitz Nr. 5383 3,38. Tischler: Bitterfeld 42,64, Rathenow 30,99, Uedermünde 58,88, Schipper Nr. 2471 2,00. Tabakarbeiter: Gagen 13,20, Pafemall 5,59. Ortsverbände: Jechitz 23,92, Kybnitz 7,30. Hauptkasse: Rälger-Berlin 44,59. Summa Mk. 2130,78.

Berlin, den 9. Mai 1921.

Rudolf Klein, Hauptkassierer.

6. Quittung über die eingegangenen Sammelgelber für die im Streit befindlichen Mitglieder des Gewervereins der Schneider.

Fabrik- und Handarbeiter: Ebenkamp II Nr. 24. Ortsverbände: Cannstatt 25. Paul Martinatsch-Neu-Wienndorf 63. Zusammen Mk. 112. Bereits quittiert Mk. 28 638,75. Sa. Mk. 28 750,75.

Berlin den 10. Mai 1921.

Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Die Ortsvereine und Ortsverbände werden nochmals dringend gebeten, die gesammelten Gelder für die freiziehenden Schneider umgehend einzusenden.

### Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Essen a. d. Ruhr (Ortsverband). St. Poch, Schriftführer, Franzstr. 14 I.  
Pulsnitz i. Sachsl. (Gewerb. d. Textilarbeiter).  
H. Bachstein, Geschäftsführer, Bürgergarten.  
Stettin (Ortsverband). K. Schumann, Vorsitzender, Reifstr. 33.  
Stolz i. Pom. (Ortsverband). F. Reumann, Schriftführer, Solzstr. 11.

### Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.  
Erwerbslosenfürsorge. Von B. G. Geldern. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger (Walter de Gruyter u. Co.), Berlin und Leipzig. Preis geh. 4 Mk.  
Das Problem der berufständischen Vertretung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Von Heinrich Herrfahrdt. Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart und Berlin. Preis gebunden 92 Mk.  
Industrieleistungen. Ein Beitrag zur Frage des deutschen Wiederaufbaues. Von Dr. Fritz Pabst. Carl Schumanns Verlag, Berlin. Preis 9 Mk.

An diese Ausführungen schloß sich der vom Hauptkassierer Koll. Raab erstattete Kassenbericht. Die Einnahme betrug einschließlich des Bestandes von 489 977,78 Mk. in den drei Berichtsjahren 2 293 878,82 Mk. Die Ausgabe stellte sich auf 1 662 244,64 Mk., so daß am Schlusse des Jahres 1920 ein Gesamtvermögen von 631 633,68 Mk. zu verzeichnen ist. Der Referent behandelte dann die einzelnen Posten, Arbeitslosen-, Streit-, Notstands-Unterstützungen, Rechtsschutz, Verbandsbeiträge, Verbandsorgan, Agitation, Verwaltungslosten ausführlich. Am Schlusse des Jahres 1920 gehörten 496 Ortsvereine dem Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter an.

Den beiden Berichten folgte eine sehr rege Aussprache, an der sich sämtliche Delegierte beteiligten.

Am 8. Pfingstfeiertage sprach der Chefredakteur Georg Bernhard über „Die Sozialisierungfrage unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung der Kohle“. Der Raum gestattet es leider nicht, den sehrreichen und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag hier wiedergeben. An der Diskussion beteiligten sich neben dem Kollegen Erkelenz natürlich in erster Linie die Vertreter der Bergarbeiter.

Im Anschluß an die geschäftlichen Berichte wurden dann nachstehende Entschlüsse angenommen:

**Programmatiscbe Leitfätze.**

Der Gewerbeverein steht auf dem Standpunkt, daß die bisherige freie privatwirtschaftliche Wirtschaftsweise mit ihren Auswüchsen in die neue Zeit nicht mehr hineinpaßt und infolgedessen eine Aenderung erfahren muß. Durch das Ansammeln riesigen Kapitalbesitzes in den Händen Einzelner ist die Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung an den Fortschritten der Kultur, wenn nicht ganz unterbunden, so doch stark gehemmt worden. Die wirtschaftliche und soziale Umwälzung, hervorgerufen durch den Krieg und seine Folgen, hat mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die bisherige, auf den persönlichen Profit zugeschnittene Wirtschaftsordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden darf.

Deshalb muß eine Aenderung insofern eintreten, als die bisherige Wirtschaftsordnung durch eine gerechte und höhere Wirtschaftsordnung ersetzt wird. Dabei sind folgende leitende Grundsätze zu beobachten:

1. daß der Arbeiter im Produktionsprozeß als gleichberechtigter Faktor angesehen wird;
2. daß alle Industrien, die monopolartigen Charakter angenommen haben (wie beispielweise der Bergbau, Eisen und Stahl, Elektrizität, Kalk, Zement und Stickstoff), der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden und eine gemeinwirtschaftliche Verwaltung erhalten;
3. daß dem strebsamen und tüchtigen Arbeiter die Bahn zum Aufstieg freigemacht wird;
4. daß die Menschheit zur Selbstachtung erzogen und dahin gebracht wird, daß jeder sein Bestes für die Allgemeinheit hergibt und dafür die Verantwortung übernimmt;
5. daß allen Arbeitnehmern der volle Arbeitsertrag garantiert wird;
6. daß jeder Gewissenszwang beseitigt und an dessen Stelle die volle Freiheit der politischen Meinung und der wirtschaftlichen Organisation gesetzt wird;

7. daß die öffentlichen Lasten nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen verteilt werden;
8. daß kein Stand irgendwie gegen den anderen bevorzugt oder benachteiligt wird;

Werden diese Grundsätze befolgt, für die der Gewerbeverein mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten beabsichtigt, dann ist ein Ausgleich der Interessengegensätze zu erwarten, der eine Veredelung der Wirtschaftsform im Gefolge haben muß. Der Grundsatz: Gleiches Recht für alle wird auch das Pflichtgefühl aller gegen alle erstarren lassen. Nicht Reichtum und Herkunft, sondern Tüchtigkeit, guter Wille und Verantwortlichkeit werden unser Wirtschaftsleben auf den hohen Stand bringen, der glückverheißend für uns und die Allgemeinheit ist.

**Zum Acltstundentag.**

Der Gewerbeverein erblickt in der gesetzlichen Einführung des Acltstundentages einen sozialen Fortschritt von elementarer Bedeutung. Er ist gewillt, diese Errungenschaft mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verteidigen und auf diese Weise zu verhindern, daß der Arbeiter wieder zum ausschließlichen Profitobjekt herabinkt.

Die großen Gewinne vieler industrieller Unternehmungen liefern den Beweis dafür, daß die verkürzte Arbeitszeit keinen Einfluß auf die Arbeitsleistung ausübt, wenn gleichzeitig mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Verbesserung der technischen Einrichtungen durchgeführt wird. Wenn trotzdem Klagen von vielen Unternehmern über den Rückgang der Arbeitsleistung durch die Einführung des Acltstundentages angestellt werden, so beweist das nichts anderes, als daß in der Modernisierung der Organisation des inneren Betriebes alles verabsäumt worden ist.

Die Betriebsvertretungen müssen ihr Augenmerk darauf richten, daß an technischen Verbesserungen alles nur mögliche durchgeführt wird, damit der Acltstundentag erhalten bleibt. Nicht darauf kommt es an, was in der Tagespresse über die Wirkung des Acltstundentages auf die Arbeitsleistung zu lesen ist, weil ungünstige Resultate dieser Art von interessierten Kreisen in die Presse gelangt, günstige Ergebnisse aber der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Unsere Betriebsräte haben die Pflicht, einschlägiges Material in den Betrieben zu sammeln und dem Hauptvorstand zur Verfügung zu stellen. Dann ist letzterer in der Lage, schiefen und falschen Meldungen mit Tatsachenmaterial entgegenzutreten und so jeden Versuch auf Beseitigung des Acltstundentages im Keim zu ersticken.

**Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften.**

Die Schaffung von Tarifverträgen und die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften waren von jeher erstrebenswerte Ziele des Gewerbevereins. Wenn diese umstrittenen Fragen nach dem Kriege eine praktische Lösung gefunden haben, so sind damit alte Forderungen des Gewerbevereins in Erfüllung gegangen, die uns mit Genugtuung erfüllen.

Der Gewerbeverein hält unerschütterlich an dem Tarifvertragswesen fest, weil er der Überzeugung ist, daß vor der Schaffung eines gesetzlichen Arbeiterrechts nur die Tarifverträge diese Lücke auszufüllen vermögen. Im Tarifvertrag erblickt der Gewerbeverein die einzige Waffe, womit den Forderungen der Arbeiterschaft in bezug



für alle denkenden Arbeiter. Es sind Kräfte am Werke, die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten Jahre wieder zu beseitigen, und wenn auch vorerst diese Pläne keine Aussicht auf Verwirklichung haben, so tun die Arbeiter doch gut daran, alle Vorkehrungen zum Kampfe gegen den Abbau unserer Sozialpolitik zu treffen. Sie handeln damit nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse des ganzen Volkes. Wie schon erwähnt, kann nur mit einer einigermaßen ernährten und auch arbeitsfreudigen Arbeiterschaft all das geleistet werden, was zur Abbürdung unserer Lasten erforderlich ist. Diese Vorbedingung wird beseitigt, wenn die Pläne der Scharfmacher durchgeführt werden. Sie zum Scheitern zu bringen, muß das Ziel aller verständigen und vorausschauenden Politik sein, und diese Politik zu fördern und zu unterstützen, ist Aufgabe der Arbeiterorganisationen. Sie allein sind imstande, dank ihrer Kraft und ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben, den Bestrebungen des Scharfmachertums einen Damm entgegenzusetzen. Und dieser Damm wird umso widerstandsfähiger sein, je stärker die Organisationen an Mitgliederzahl sind und je entschiedener ihr Wille ist, an der Erfüllung der dem gesamten deutschen Volke auferlegten Lasten mitzuarbeiten. Also Stärkung der Organisation, das ist unsere erste Pflicht. Die Arbeiter sollten doch einmal überlegen, wie es um sie bestellt wäre, wenn es nicht mächtige Organisationen gäbe. Um nur einen Punkt herauszugreifen: Das ganze Tarifwesen beruht auf den Organisationen. Ohne sie gäbe es keine Tarife, und hätten wir keine Tarife, dann hätten wir heute Arbeitsverhältnisse, die dem Arbeiter alles andere, nur kein menschenwürdiges Dasein garantierten.

Und den Willen zur Mitarbeit an der Erfüllung des Entente-Ultimatums zu stärken, weil wir nun einmal dazu gezwungen sind, auch dazu können in erster Linie die Organisationen durch ihre Erziehungs- und Aufklärungsarbeit beitragen. Sie werden ihren Einfluß aufbieten, daß für die Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich die erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Sie werden zu verhüten suchen, daß der ruhige und stetige Lauf unseres Wirtschaftslebens durch wilde Streiks unterbrochen und damit die Produktionsergebnisse gemindert werden. Sie werden die Sieblungsbestrebungen namentlich in der Nähe der Großstädte und Industriezentren zu fördern bemüht sein, um dadurch allmählich die Unabhängigkeit bezüglich der Volksernährung vom Auslande sicherzustellen. Das führt zu einem andern Gesichtspunkte: Wir müssen unsere Einfuhr überhaupt mehr einschränken, um den Uberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr möglichst hoch zu bringen. Damit wird am ehesten eine Verminderung unserer ungeheuren Schuldenlast herbeigeführt. Wie kann das geschehen? Nicht allein die Kriegsgewinnler, die Schieber und Bucherer, die im Kriege und nachher reich geworden sind, müssen gehindert werden, einen großen Teil ihres aus dem Volke erprehten Vermögens durch Ankauf von ausländischen Pelzen und Stoffen, von teuren ausländischen Weinen, Likören und Tabaken und sonstigen Luxusartikeln in das Ausland zu senden, auch die großen Massen, und dazu gehört auch die Arbeitnehmerschaft, muß dahin aufgeklärt werden, daß es volkswirtschaftlich verkehrt ist, durch das Rauchen von englischen Zigaretten und den Genuß ausländischer Lederbissen die Einfuhr zu steigern. Man verleihe uns nicht falsch. Wir wollen dem Arbeiter nicht

jede kleine Annehmlichkeit verjagen, die über das Existenzminimum hinausgeht. Aber es ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu verstehen und nicht zu billigen, daß für Tabak in allen möglichen Verarbeitungen, für Kakao, für Kaffee und ähnliche Dinge Milliarden in das Ausland gehen, an denen die Arbeiterschaft nicht unbeteiligt ist. Hier liegt ebenfalls ein weiteres Gebiet der Aufklärungsarbeit für die Organisationen offen.

Aus diesen kurz geschilderten Tatsachen geht mit Deutlichkeit hervor, daß die Arbeiterorganisationen noch mehr als in der Kriegszeit jetzt eine wirtschaftliche Notwendigkeit sind und daß die Stärkung ihres Einflusses durch Gewinnung neuer Mitglieder deshalb mit allen Mitteln gefördert werden muß. Wer also durch unablässige Werbe- und Aufklärungsarbeit seinem Gewerbeverein neue Anhänger zuführt, der stärkt damit nicht nur seine eigene Position, der vergrößert nicht nur den Einfluß unserer Organisation, sondern der leistet Arbeit am ganzen Volke und an einer besseren Zukunft.

#### 14. ordentliche Generalversammlung des Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter.

Mit einem stimmungsvollen Begrüßungslied der Gewerbevereinsliederstafel wurde am Nachmittag des zweiten Pfingstfeiertages die Generalversammlung im Verbandshause zu Berlin eröffnet. Der stellvertretende Generalratsvorsitzende, Kollege Wendlandt, hieß die erschienenen Abgeordneten und Gäste herzlich willkommen und wies auf die Bedeutung der Verhandlungen der nächsten Tage hin. Weitere Begrüßungsansprachen hielten Kollege Wosch im Namen der vereinigten Berliner Ortsvereine und als Vertreter der Gesamtorganisation Kollege Klein, der das grobe Interesse hervorhob, welches die Verhandlungen des erweiterten Gewerbevereins seitens der Verbandsleitung entgegengebracht wird. Nach Prüfung der Mandate, die sämtlich für gültig erklärt wurden, wurde mit der Leitung der Verhandlungen die Kollege Graf-Berlin und Schmitz-Gaman betraut; zu Schriftführern wurden Hoffmann-Brinkenau und Illner-Wittgenborf gewählt. Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Angelegenheiten nahmen die Abgeordneten an der Begrüßungsfeier teil, die einen vorzüglichen Verlauf nahm und gekrönt war von einer stimmungsvollen Ansprache des Kollegen Sonntag.

Die Hauptverhandlungen wurden eingeleitet durch den Tätigkeitsbericht des Hauptschriftführers Graf, der eingangs auf den Versailler Friedensvertrag Bezug nahm und auf die Schwierigkeiten seiner Durchführung hinwies. In seinen weiteren Ausführungen stellte er fest, daß der Gewerbeverein durch Geltendmachung seiner Grundsätze erheblichen Einfluß auf das öffentliche Leben und damit auch auf die Gesetzgebung ausgeübt hat. Seine Mitgliederzahl ist von 12 000 im Jahre 1918 auf 38 000 Ende 1920 gestiegen. Er ist in 8 Reichsarbeitsgemeinschaften, in 4 Außenhandelsstellen und 6 Außenhandelsnebenstellen vertreten. Auch im Reichsrat und im Reichslohennat hat er je einen Sitz. Der Gewerbeverein hat 400 Tarifverträge zum Teil in Gemeinschaft mit anderen Organisationen abgeschlossen. Nach wie vor hat er an dem Grundsatz festgehalten, daß Parteipolitik nicht in die Arbeiterberufsorganisation hineingehört.

Generalversammlung gewählt. Bei der Wahl des Hauptvorstandes wurden gewählt die Kollegen Gräf als Vorsitzender, Brylla als Hauptschriftführer, Raab als Hauptkassierer und Sonntag als Hauptkontrollleur, als Sekretäre die Kollegen Grüling, Rukraf, Wrede und Schöps.

Damit war die arbeitsreiche Tagung beendet. Nachdem noch Kollege Klein den Abgeordneten Worte der Anerkennung für ihre mühevollen Arbeit ausgesprochen und sie zu weiterer energischer Agitation angefeuert hatte, wurde die Generalversammlung nach den üblichen Schlussreden mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das weitere Gedeihen des Gewerkevereins geschlossen.

Auf der Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse erstattete der Hauptkassierer Kollege Raab den Kassenerbericht. Die Gesamteinnahme betrug einschließlich des Bestandes von 1917: 1 305 164,10 Mk., die Ausgaben 791 928,50 Mk., so daß ein Bestand am Ende des Jahres 1920 in Höhe von 513 235,60 Mk. vorhanden war. Dem Hauptkassierer wurde einstimmig Dank für seine mühevollen Arbeit und Entlastung erteilt.

Der Eintritt in die Krankenkasse wird bis zum 66. Lebensjahr gestattet. Das Eintrittsgeld kommt in Fortfall. In Zukunft wird Krankengeld nur in zwei Sähen zu 6 und 12 Mk. gewährt. Das Begräbnisgeld beträgt den 10fachen Betrag. Das Krankengeld wird vom 4. Tage ab gezahlt. Jede Verwaltungsstelle hat 25 Prozent der Einnahmen, sowie den Betrag von über 1 Mk. pro Mitglied des Passenbestandes an die Hauptkasse einzufenden. An Verwaltungskosten sind den Verwaltungsstellen 10 Prozent der Einnahme bewilligt. Daraus müssen alle örtlichen Kosten, auch die der Krankenkontrolle, bestritten werden. Alle Mitglieder, die bisher der Krankenkasse nicht angehört, sind verpflichtet, dieser beizutreten.

Die neuen Bestimmungen treten am 1. Juli 1921 in Kraft.

### Ein Gebot der Stunde.

Dem deutschen Volke sind in seiner ruhmvollen Geschichte auch sehr harte Zeiten nicht erspart geblieben. Aber so schwer wie jetzt hat es kaum je gelitten: Unter den Nachwirkungen des Krieges und den unmenslichen Bedingungen des Friedensdiktates liegt sein Wirtschaftsleben krank darnieder. Arbeitslosigkeit und in ihrem Gefolge Not und Elend machen sich breit und lodern die ohnehin durch die Kriegszeit erschütterten Grundzüge des Rechts und der Moral. Trotzdem dürfen wir nicht den Glauben an eine bessere Zukunft verlieren, sondern müssen, jeder an seinem Platze, mitarbeiten, um wieder in geregelte Verhältnisse zu kommen.

Da gilt es zunächst, im eigenen Heim die erforderlichen Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Abwehr unvorhergesehener Notfälle zu treffen. Die Handhaben dafür werden von unserer Organisation geboten durch die verschiedenen Versicherungsarten, die sie in der letzten Zeit den Mitgliedern dienstbar gemacht hat. Da ist in erster Linie unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung A.-G. Ein Todesfall in der Familie, mit dem jeder schließlich rechnen muß, verschlingt heutzutage ein kleines Vermögen. Die Bestattungskosten und alles, was

drum und dran hängt, verursachen dem ohnehin vom Unglück Betroffenen noch besondere Sorgen und Kopfschmerzen. Derjenige, der rechtzeitig vorgesorgt und von der Einrichtung der Deutschen Volksversicherung Gebrauch gemacht hat, der fühlt seine Lage nur halb so schwer, der braucht sich wenigstens keine finanziellen Sorgen zu machen.

Neuerdings sind dieser Einrichtung zwei neue Zweige angefügt worden, eine Feuerversicherung und eine Versicherung gegen Einbruchdiebstahl. Jeder sorgsame Hausvater hat selbstverständlich seine Wohnungseinrichtung und sein sonstiges bewegliches Hab und Gut gegen Feuer versichert. Aber in den meisten Fällen entspricht die Versicherungssumme auch nicht entfernt dem heutigen Wert der Gegenstände. Wer dann von einem Feuer betroffen wird, erhält nur einen kleinen Teil des Brandschadens ersetzt. Unsere ebenfalls gemeinnützige Feuerversicherung bietet nun nicht nur an sich größere Vorteile als jede andere, so daß jeder, der sich neu gegen Feuer versichern will oder seine Versicherung verlängern muß, zweckmäßigerweise von unserer Einrichtung Gebrauch macht, sondern sie läßt auch eine Nachversicherung zu in dem Sinne, daß, neben dem laufenden Versicherungsvertrag bei einer andern Gesellschaft, bei ihr eine dem heutigen Werte entsprechende Zusatzversicherung abgeschlossen werden kann.

Endlich wie gesagt haben wir auch eine Versicherung gegen Einbruchdiebstahl eingeführt. Leider gehört es jetzt beinahe zu den Alltäglichkeiten, daß nicht nur Warenlager, sondern auch ganze Wohnungen in einem unbewachten Augenblick von Dieben ausgeräumt werden. Die Werte, die dabei verloren werden, gehen gewöhnlich in die Tausende. Auch dagegen sich zu schützen, ist Pflicht des verantwortungsvollen Familienvaters, und den Weg, auf dem er dieses Ziel erreichen kann, zeigt ihm unsere Versicherungseinrichtung.

Vielen unserer Mitglieder haben wir damit nichts Neues gesagt; sie haben, soweit es in menschlichen Kräften steht, ihre Sicherheitsmaßnahmen gegen die geschilderten Zwischenfälle durch Abschluß von entsprechenden Versicherungen getroffen. Es gibt aber auch zahlreiche gleichgültige, um nicht zu sagen leichtsinnige Menschen, die nicht daran denken, sich zu schützen, und die erst dann, wenn der Schaden da ist, erkennen, wie schwer sie sich an sich selbst und ihrer Familie veründigt haben, dadurch, daß sie nicht rechtzeitig das kleine Opfer der Versicherung gebracht haben. Für sie in erster Linie sind diese Zeilen geschrieben. Aber sie gelten auch, wenigstens was die Feuer- und Diebstahlversicherung anbetrifft, für alle die Gewerkevereinsmitglieder, die irgend eine andere Gesellschaft in Anspruch genommen haben. Sobald diese Verträge abgelaufen sind, muß die Versicherung bei unseren eigenen Einrichtungen fortgesetzt werden. Diese bieten nicht nur dieselben Garantien wie fremde Gesellschaften, sondern sind vorteilhafter, indem erzielte Geschäftsgewinne der Organisation zugute kommen, die sie ihrerseits wiederum im Interesse der Mitglieder nutzbringend verwendet. Die Parole muß also für jeden Gewerkevereiner jetzt sein, Versicherungen bzw. Verlängerungen derselben nur mit ihrer eigenen Gesellschaft abzuschließen. Aufklärungsmaterial ist bereits nach vielen Orten versandt worden. Es darf nur nicht achtlos beiseite gelegt werden. Aufgabe jedes Vorstandesmitgliedes,



auf das Arbeitsverhältnis Geltung verschafft und diesen Rechtskraft verliehen werden kann.

Der Gewerbeverein ruft deshalb alle seine Glieder zur Mitarbeit an der Ausbreitung des Tarifvertragsgedankens auf und ersucht seine Funktionäre, alles dafür einzusetzen, damit wir in allen denjenigen Industrien, die zu unserem Tätigkeitsgebiet gehören und wo wir mit einer entsprechenden Mitgliederzahl in Frage kommen, als Kontrahent bei den Tarifabschlüssen anerkannt werden.

Der Gewerbeverein erblickt in den Arbeitsgemeinschaften ein nützlich und notwendiges Instrument zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, auf das nach Lage der Verhältnisse nicht verzichtet werden darf. Bei voller Wahrung seines gemeinschaftlichen Charakters will der Gewerbeverein seine ganze Kraft für den Aufbau und die Wiederinstandsetzung unserer Volkswirtschaft zur Verfügung stellen, und er glaubt sich dabei der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern nicht verschließen zu können. Die Arbeitsgemeinschaften können in Zukunft noch recht Ersprießliches leisten, wenn beide Teile — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — sich der hohen Pflichten bewusst sind, die im Interesse der Allgemeinheit erfüllt werden müssen. Deshalb will der Gewerbeverein auch in Zukunft in den Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten, und er glaubt damit nicht nur an dem Ausgleich der Interessengegenstände sein Teil beizutragen, sondern auch dem Volksganzen zu dienen.

### Schichtzeit im Bergbau.

Die 11. ordentliche Generalversammlung billigt den Standpunkt des Hauptvorstandes und des Vorstandes der Abteilung Bergarbeiter, den sie in der Schichtzeitfrage in den letzten Jahren eingenommen haben.

In der Erwägung, daß das durchschnittliche Lebensalter z. B. der Ruhrbergarbeiter, die mehr als 60 Prozent der deutschen Bergarbeiterschaft ausmachen, nicht einmal 38 Jahre beträgt,

in der ferneren Erwägung, daß die gesamte Industriearbeiterschaft den achtfündigen Arbeitstag hat,

hält die Generalversammlung das Bestreben der Bergarbeiterschaft auf die Erreichung der 8 Stundenschicht (vor Arbeitsstellen mit mehr als 28 Grad Celsius mühte die Arbeitszeit entsprechend kürzer sein) für durchaus verständlich und berechtigt.

Die Generalversammlung hält die sofortige Einführung der 8 Stundenschicht aber aus folgenden Gründen zur Zeit noch nicht für durchführbar:

1. Deutschland befindet sich noch in einer Kohlennot. Die Tatsache, daß in einzelnen Sorten bei uns Mangel nicht mehr vorhanden ist, ändert daran nichts, da unsere Finanzverhältnisse die Einfuhr von Rohstoffen verbietet, die wir selbst im Lande besitzen;
2. die Wohnungsnot eine entsprechende Vermehrung der Belegschaften nicht zuläßt, um drei Förderschichten einzurichten;
3. Deutschland nicht mehr wie während der Blockade sein Eigenleben führen kann, sondern wieder in der Weltwirtschaft steht und deshalb auf die Konkurrenz Rücksicht zu nehmen hat.

Die Generalversammlung ist deshalb der Auffassung, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter 7 Stunden nur auf internationalem Wege möglich ist, in dem alle bergtreibenden Länder einheitlich vorgehen. Sie beauftragt deshalb

den Vorstand der Bergarbeiterabteilung, dieser Frage auch weiterhin seine volle Aufmerksamkeit zu schenken und die geeigneten Schritte in Gemeinschaft mit den übrigen Bergarbeiterverbänden zu negebener Zeit zu unternehmen.

In einer weiteren Entschlieung wurde gegen die Härte des Friedensvertrages und die Anwendung der Sanktionen protestiert. Gleichzeitig wurde den Kollegen in den besetzten und abgetretenen Gebieten herzlichste Sympathie ausgesprochen.

Es wurde sodann in die Beratung der vorliegenden Anträge eingetreten. In den ersten Paragraphen des Statuts wurden einige nicht unerhebliche, aber doch nicht grundsätzliche Änderungen vorgenommen. Das Eintrittsgeld für männliche Mitglieder beträgt 2 M., für weibliche 1 M. Angehörige anderer Organisationen können mit vollen Rechten übernommen werden. Bisherige Mitglieder der Jugendorganisation werden ohne Eintrittsgeld unter Anrechnung der bisherigen Mitgliedsdauer in den Gewerbeverein aufgenommen. Neu eintretende Mitglieder unter 17 Jahren zahlen ein Eintrittsgeld von 1 M. Ueber die Beitragshöhe und die einzuführenden Unterstützungsätze entspann sich eine längere lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, den Beitragssatz für den Gewerbeverein und die Krankenkasse gemeinsam festzusetzen und zur Vereinfachung der Geschäftsführung die Beitragsschufen im ganzen auf fünf zu beschränken. Die Beiträge wurden auf 1,50 M., 2,40 M., 3 M., 3,60 M. und 4,20 M. festgesetzt. In der ersten Stufe entfallen davon 30 Pfg., in den 4 andern Stufen 60 Pfg. auf die Krankenkasse. Sämtliche Mitglieder müssen der Krankenkasse angehören. An Streik-, Mahregulungs- und Ausperrungsunterstützung sollen nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft in den einzelnen Klassen 27, 45, 63, 88 und 114 M. pro Woche gezahlt werden. Auch Kindergelder und Mietbeihilfen werden den Mitgliedern gewährt, ebenso Gewerbslosen-, Umzugs- und Kohnands-Unterstützung, sowie Sterbegeld nach Beitrags- und Mitgliedsdauer. Für die Landarbeiter wurden zwei Beitragsschufen von 1 M. und 1,50 M. festgesetzt. Die Ausarbeitung des besonderen Statuts wurde dem Hauptvorstand überwiesen. Mitgliedern, welche 70 Jahre alt sind, und dem Gewerbeverein 32 Jahre ununterbrochen angehören, werden bei Erwerbsunfähigkeit die Beiträge erlassen. Sie bleiben aber im Genuß ihrer Rechte. Mitgliedern, die invalide geworden sind, ist die Zahlung eines Wochenbeitrages von 20 Pfg. gestattet, wofür ihnen auch noch gewisse Rechte erhalten bleiben.

Um die Agitation intensiver gestalten zu können, wurde die Anstellung weiterer Agitationsbeamten vorgesehen. Die Hauptkasse steuert hierzu 1000 M. pro Monat bei, wenn etwa 500 Mitglieder im Bezirk in Betracht kommen.

Das Gewerbevereinsorgan wird in Zukunft den Namen „Der Deutsche Arbeiter“ führen. Für die Landarbeiter wird ein besonderes Organ „Der Landbote“ herausgegeben.

Allen Beamten wurde, den Zeitverhältnissen entsprechend, das Gehalt erhöht. Um die Zukunft der nicht mehr dienstfähigen Beamten sicherzustellen, wurde beschlossen, eine Ruhegehaltsklasse zu errichten.

Die Abgeordneten zum Verbandstage werden mit Ausnahme des Hauptvorstehenden, des Hauptschriftführers und des Hauptkassierers von der

jedes Vertrauensmannes muß es vielmehr sein, daß alle Kollegen, und zwar bis auf den letzten Mann, ihre Versicherungen nur bei unserer Gesellschaft abschließen. Insbesondere gilt dies von der Feuerversicherung, bei der sich noch weite Werbemöglichkeiten bieten. Das verlangt das Gebot der Stunde, der Vorteil unserer Mitglieder und das Interesse unserer gemeinnützigen Versicherungseinrichtung. Nähere kostenlose Auskunft wird gern erteilt bei den örtlichen Verwaltungsstellen und im Verbandsbüro, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-23, Abteilung für Versicherungsangelegenheiten.

### Soziales.

**Die deutschen Arbeitnehmerorganisationen bei den Ententebotschaftern.** Die gefährliche Entwicklung der Dinge in Oberschlesien und die bevorstehende Entscheidung über das künftige Schicksal dieses Landes hat den deutschen Arbeitnehmerorganisationen Veranlassung gegeben, gemeinsam bei den in Berlin erreichbaren Botschaftern der Entente vorstellig zu werden und ihnen die Auffassung der deutschen Arbeiterschaft über die ober-schlesische Frage zum Ausdruck zu bringen. Die Arbeitervertreter wurden am 14. Mai in höchstlicher Weise empfangen und hatten Gelegenheit, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die deutsche Bevölkerung gegen Gewaltmaßnahmen und Plünderungen seitens der Polen zu schützen und daß sich der Oberste Rat durch die von polnischer Seite angeführte Aufrührerbewegung in seiner Entscheidung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens nicht beeinflussen lassen dürfe. Dem italienischen Botschafter wurde außerdem der Dank für das opfermutige Verhalten der italienischen Truppen und das Beileid über deren Verluste ausgesprochen. Sämtlichen Botschaftern wurde endlich eine Denkschrift überreicht, in der es heißt:

... Durch Annahme des Londoner Ultimatum wird das deutsche Wirtschaftsleben mit ungeheuren finanziellen Verpflichtungen belastet. Wenn auch das gesamte deutsche Wirtschaftsleben diese Bürden einheitlich zu tragen hat, so gibt sich die deutsche Arbeiterschaft doch keinem Zweifel darüber hin, daß derartige Beträge nicht aus der Substanz genommen werden können, sondern durch Mehrleistung der wertmäßigen Bevölkerung erbracht werden müssen.

Jede Schmälerung des deutschen Gebietes erhöht diese Lasten. Die deutsche Arbeiterschaft ist der Ansicht, daß selbst beim Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland Arbeitsleistungen zu vollbringen sind, die über das hinausgehen, was nach dem Sinne des 13. Teiles des Friedensvertrages billigerweise der Arbeiterschaft zugemutet werden kann. Im 13. Teile des Friedensvertrages sind der Arbeiterschaft der gesamten Welt und damit auch den deutschen Arbeitern Versprechungen gemacht, deren Inhalt dort zu bekannt ist, als daß wir hier darauf näher eingehen brauchen. Wenn nun ein so überaus wichtiges Gebiet wie das ober-schlesische von Deutschland losgelöst würde, würde die auf den deutschen Arbeitern ruhende Last eine unerträgliche werden.

Es ist immer und vor der Abstimmung auch von den Polen von einem ungeteilten Oberschlesien gesprochen worden. Die Abstimmung in Oberschlesien hat eine überwiegende deutsche Majorität ergeben, daß, wenn eine ähnliche polnische Majorität zu verzeichnen gewesen wäre,

kein Zweifel gewesen wäre, daß die Polen dieses zum Anlaß genommen hätten, die Zuweisung von Oberschlesien ungeteilt an Polen zu fordern. Das Gleiche müssen die deutschen Arbeiter verlangen, umso mehr, als die ihnen obliegenden Pflichten viel größere sind als die den polnischen Arbeitern zufallenden und weil die Abstimmung ergeben hat, daß gerade in den Industriegebieten die deutsche Arbeiterschaft die weitaus überwiegende ist.

Wenn auch die unterzeichneten deutschen Gewerkschaften glauben, annehmen zu dürfen, daß bei der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien die beteiligten Regierungen die Sachlage objektiv prüfen, halten sie es aus Sorge für die deutsche Arbeiterschaft für ihre Pflicht, auf das dringendste darauf hinzuweisen, daß eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft eintreten muß und der 13. Teil des Friedensvertrages in Deutschland nicht durchgeführt werden kann, wenn die Regelung in einem Sinne erfolgen würde, wie er geistern als Beschluß der Interalliierten Kommission behauptet worden war.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.**

**Allgemeiner freier Angestelltenbund.**

**Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.**

Die Botschafter versprochen, die geäußerten Wünsche ihren Regierungen übermitteln zu wollen.

Die Vorbereitung der sozialen Wahlen ist schon vor kurzem einmal von uns angeregt worden. Laßt doch mit Ende dieses Jahres die Amtsdauer der Vertreter in den Versicherungsbehörden ab, wenn nicht, wie schon so oft, von neuem eine Verlängerung angeordnet wird. Eine solche Verlängerung liegt nach unseren Informationen und wie auch das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus dem Reichsarbeitsministerium erfahren hat, keineswegs außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, weil man sich über ein neues, vereinfachtes Wahlverfahren noch nicht einig ist. Das aber scheint festzustehen, daß die Wahlen zu den Ausschüssen und den Vorständen der Krankenkassen noch in diesem Jahre stattfinden sollen. Wann, ist noch nicht bekannt. Sicher aber wird von dem Ausfall der Krankenkassenwahlen die Befehung der übrigen Versicherungsbehörden abhängen, da die Klassenvertreter zweifellos den Wahlkörper dazu bilden werden. Daraus ergibt sich die hohe Wichtigkeit der diesmaligen Krankenkassenwahlen, und wenn wir bei der Befehung der Versicherungsbehörden nicht leer ausgehen wollen, so müssen die Kollegen überall im Reiche schon jetzt für die bevorstehenden Krankenkassenwahlen alles daran setzen, um sich für die weiteren Wahlen den erforderlichen Einfluß und Erfolg zu sichern. Unsere Ortsverbände insbesondere also müssen auf dem Posten sein, damit sie von der plötzlichen Ansetzung eines Wahltermins nicht überrascht werden. Am zweckmäßigsten sehen sie vielleicht eigens zum Zwecke der Durchführung der sozialen Wahlen eine besondere Kommission ein, die alle Vorbereitungen trifft, auch für einen Wahlfonds sorgt, der natürlich aus örtlichen Mitteln aufgebracht werden muß, und sich auch gegebenenfalls nach Verbündeten umsieht. Daß dabei in erster



Linie die dem Gewerkschaftsring angeschlossenen Gruppen in Betracht kommen, ist selbstverständlich, wird mit ihnen zusammen schon jetzt an die Vorbereitung der Wahlen herangegangen, dann wird uns auch ein Erfolg beschieden sein. Darum schon jetzt frisch ans Werk!

Die Zahl der Erwerbslosen am 1. Mai belief sich nach der Statistik des Reichsarbeitsministeriums im ganzen Reiche auf 400 067, und zwar 318 448 Männer und 81 649 Frauen. Dazu kommen 440 377 unterstützungsberechtigte Familienangehörige, so daß im ganzen vom Reiche 840 474 Personen unterstützt wurden. Das ganze Elend unserer Wirtschaftslage kommt darin aber noch nicht zum Ausdruck, weil die nicht unterstützten Erwerbslosen und die Kurzarbeiter von der Statistik nicht erfasst sind.

Leider ist auch in diesem Jahre die sonst im Frühjahr zu verzeichnende Besserung auf dem Arbeitsmarkte nicht eingetreten. Trotz der nicht zu verkennenden Belebung des Baumarktes, und obgleich aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gegen 200 000 Menschen beschäftigt werden, ist die Arbeitslosigkeit zur Zeit höher als zu Anfang des Winters.

Das sind furchtbare Tatsachen, und dazu kommt die Sorge, daß unter dem Druck der Entente womöglich noch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage herbeigeführt wird. Unter diesen Umständen erscheint es uns unabweisbare Pflicht der Behörden zu sein, alles anzubieten, um eine noch regere Bautätigkeit in die Wege zu leiten. Die Mittel, die für diesen Zweck aufgewandt werden, tragen die besten Zinsen. Abgesehen von der damit gleichzeitig erzielten Milderung der Wohnungsnot, erhalten neben den Bauhandwerkern zahlreiche andere Berufe Arbeit und Brot. Ihre Kaufkraft wird gehoben und kann wieder andere Erwerbszweige befruchten. Auch an die Inangriffnahme der von den Arbeiterorganisationen sonst noch vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit sollte man endlich herangehen. Gebrochen werden muß ferner endgültig mit der hier und da noch geübten Unsitte, Leute zu beschäftigen, die durch andere Einkommensquellen ihren Existenzbedarf decken können. Wenn jemand sich ein Geschäft irgend welcher Art kauft, das er von seiner Frau führen läßt, und das beiden ein Auskommen gewährt, dann darf der Betreffende nicht einem andern, der sonst nichts zu beißen hat, das Brot fortnehmen. Solche Doppelexistenzen darf es jetzt nicht mehr geben. Endlich muß aber auch die Arbeiterschaft nicht durch vermeintbare Ueberstunden die Einstellung von Arbeitskräften verhindern. Ueberarbeit darf grundsätzlich nur aus betriebstechnischen Gründen gemacht werden, wo sie unbedingt notwendig ist. Das verlangt die Solidarität aller Arbeiter!

### Aus dem Verbands.

In den Zentralratssitzung am 17. Mai erstattete Kollege Klein ausführlichen Bericht über die Generalversammlungen der Gewerbevereine der Fabrik- und Handarbeiter und der Frauen und Mädchen. In Anbetracht der ausführlichen Berichterstattung an anderer Stelle darf auf ein näheres Eingehen hier verzichtet werden. Seitens der Vertreter der betreffenden Gewerbevereine wurde dem Kollegen Klein Dank für seine Mitarbeit im

Auftrage der Verbandsleitung zum Ausdruck gebracht. Zu der notwendigen Erhöhung der Verbandsbeiträge und des Abonnementgeldes für den „Gewerbverein“ lagen die Antworten aus den meisten Gewerbevereinen vor. Die Erhöhung der Verbandsbeiträge ist allseits angenommen worden; gegen die Erhöhung der Organbeiträge sind nur wenige Einwendungen erhoben worden. Da das Ausbleiben jeder Antwort als Zusage aufgefaßt werden mußte, beschloß der Zentralrat einmütig die vorgeschlagenen Erhöhungen.

Im Anschluß daran begründete Kollege Neustedt die Notwendigkeit der Einberufung einer Hauptvorstandskonferenz. Es sei erforderlich, Stellung zu nehmen zu verschiedenen Fragen, die sich auf die Agitation beziehen, zu einer Reihe von Leitfäden des Kollegen Gleichauf, die der Arbeit des Gewerkschaftsrings einen größeren Inhalt geben sollen, zu der Gewerkevereinsarbeit in den besetzten und abgetrennten Gebieten und vor allen Dingen die Vorarbeiten zu den im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstage einzuleiten. Dem Vorschlage wurde zugestimmt und beschlossen, diese Konferenz am 28. und 29. Juli stattfinden zu lassen.

An der Stelle des bisherigen Verbandsrevisors Süttig wurde als dessen Nachfolger der Kollege Vogel vom Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter bestimmt. Weiter machte Kollege Neustedt eingehende Mitteilungen über verschiedene Veranstaltungen und Eingaben, die zum großen Teil die ober-schlesische Frage betreffen. Zum Schluß erstattete er noch Bericht über eine Konferenz der niederschlesischen Beamten in Breslau sowie über Versammlungen und Sitzungen in Landsberg a. B., Weisenfels und Leipzig.

Der Jahresabschluss 1920 unseres Gewerbevereins der Leberarbeiter weist gegenüber dem Vorjahre erheblich höhere Ziffern auf. Allein die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen sind von 73 847,20 auf 157 082,41 M., somit über das Doppelte gestiegen. Natürlich zeigen die Ausgaben eine ähnliche Steigerung, hervorgerufen durch erhebliche Verteuerung der Druckpreise, Postgebühren und sonstigen Verwaltungskosten. Auch die Unterstützungen der Mitglieder haben wesentlich höhere Aufwendungen erfordert. Zwei Beispiele als Beweis: Für Streikunterstützung wurden 1919 nur 2504,88 M. ausgegeben, 1920 dagegen 40 655,39 M., für Arbeitslosenunterstützung 1919 nur 11 909,22 M., 1920 dagegen 24 920,83 M.

Auch was die Krankenkasse betrifft, so sind die Einnahmen gegenüber dem Jahr 1919 um ca. 20 000 M. gestiegen. Ausgegeben wurden an Krankengeld für Arbeitsunfähige 42 702,44 M., an Kurkosten 2045,40 M., für Sterbegelder 6194,80 M., für Brillen und Druckbänder 1418,10 M. Auch hier sind naturgemäß die Verwaltungskosten um ca. 10 000 M. gestiegen. Dazu kommen noch die Kosten der Generalversammlung mit 4809,20 M. Trotz alledem hat das Vermögen der Krankenkasse im Berichtsjahre um ca. 7000 M. zugenommen.

Das Vermögen der Gewerbevereinskasse, einschließlich der Lokalkassen, betrug Ende des Jahres insgesamt 92 219,81 M., das der Krankenkasse 77 621,47 M. Richtig gebraucht, bieten diese Zahlen eine gute Waffe im Kampfe gegen die Gleichgültigkeit der noch immer zahlreichen Amorganisierten.



**Gewervereinstagung in Württemberg.** Im Anschluß an eine Bezirkskonferenz des Gewerkschafts Deutscher Metallarbeiter, Bezirk Württemberg, fand am Pfingstmontag in Vöberach a. N. die Landesversammlung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften statt, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute und einen glänzenden Verlauf nahm. Auch von verschiedenen Gewerkschaftsleitungen sowie von Behörden waren Vertreter anwesend. Neben dem Geschäftsbericht, den Kollege Fuchs - Stuttgart erstarrte, bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung ein Vortrag des Herrn Jäger - Stuttgart über „Die Wirtschaftslage Deutschlands nach dem Friedensschluß“. Die durch reichhaltiges Material belegten Darlegungen fanden lebhaftes Interesse und führten zur Annahme nachstehender Entschliebung:

„Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind durch die Erfüllungsforderungen der Entente aus dem Friedensbittat in ein ernstes Stadium getreten. Große Opfer werden uns auferlegt, die nur mit äußerster Anstrengung und harten Entbehrungen getragen werden können.

Wir sehen in der Zustimmung des Reichstages eine aus der Zwangslage herausgeborene Entscheidung, um Deutschland vor der Zerschlagung und vor noch größerer wirtschaftlicher Not zu schützen. In dieser Lage fordert die Landesversammlung der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) in Württemberg von ihren Mitgliedern, mitzuhelfen und alles zu tun, um die Erfüllung der angenommenen Bedingungen zu erleichtern. Jede entgegenhandelnde Aktion bedeutet eine Schädigung des Volksinteresses.

Die Not der Arbeitslosen zu lindern, ist nicht nur Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, sondern der Allgemeinheit, die auch in einem Abbau ungebührlicher Unternehmergewinne ein Mittel zur Linderung sieht.

An Stelle der rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß eine Wirtschaftsweise treten, die Eigeninteresse und Gesamtwohl in einen richtigen Zusammenhang bringt und eine demokratische Wirtschaftsverfassung verwirklicht.

Unsere Kollegen in Oberschlesien, in den besetzten und abgetretenen Gebieten senden wir in aller Treue unsere Gewerkschaftsgrüße.

An den Reichskanzler wurde ferner folgendes Telegramm gesandt:

„Die in Vöberach-Nik tagende Landesversammlung der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) in Württemberg ersucht die Reichsregierung, immer wieder gegenüber der Entente die Ansprüche des Deutschen Volkes auf ein ungeteiltes Oberschlesien geltend zu machen. Nur so wird die Erfüllung der neuen Verpflichtungen möglich sein.“

**Deutsche Gewerkschaftsjugend.** Unter diesem Titel wird vom 1. Juli ab regelmäßig wieder eine Monatschrift für unsere Jugendorganisation herausgegeben werden. Die Schriftleitung wird in den Händen des Hauptschriftführers des Jugendbundes, Kollegen E. Wegert, liegen, dem der Verbandsredakteur, Kollege Lewin, helfend zur Seite stehen wird.

Mit dem Wiedereintritt dieser Jugendzeitung wird ein lang gehegter Wunsch erfüllt, der weit über die Kreise der Angehörigen unserer Jugendabteilungen verbreitet war. Hofft man doch,

daß durch ein regelmäßig erscheinendes Organ ein reicheres Band um unsere Jugendorganisation geschlossen werden kann und daß es die Werbearbeit für unsere Bestrebungen nachhaltig zu fördern imstande sein wird. Von diesen Gesichtspunkten geleitet, haben die Hauptvorstände mehrerer Gewerkschaften, vor allem aber der Vorstand der Vereinigten Berliner Ortsvereine der Metallarbeiter namhafte Beiträge zur Verfügung gestellt, die durch die Opferfreudigkeit einzelner Jugendabteilungen noch vermehrt worden sind, so daß nun am 1. Juli die erste Nummer „Deutsche Gewerkschaftsjugend“ erscheinen kann. Halten kann sich das Blatt aber nur, wenn sich die erforderliche Zahl von Abonnenten findet. Auch die Gewerkschaftskollegen und -Kolleginnen, die von der Notwendigkeit einer starken Jugendorganisation innerhalb der Deutschen Gewerkschaften durchdrungen sind, die einen kräftigen Nachwuchs schaffen helfen wollen, müssen das neue Unternehmen durch Abonnement unterstützen, was umso leichter ist, als der Preis sich auf nur 1 M. pro Vierteljahr beläuft. Bestellungen nimmt schon jetzt Erich Wegert, Berlin N.O. 55, Ranienerstr. 28, entgegen.

### Amtlicher Teil.

**7. Quittung über die eingegangenen Sammelgelber für die im Streit befindlichen Mitglieder des Gewerkschafts der Schneider.**

Bilthauer: Landsberg a. B. M. 15, Brauer: Potsdam 30, Fabrik- und Handarbeiter: Bitterfeld 60, Ramen 21, Metallarbeiter: Bertelsdorf 62,60, Effen 40, Görlitz I 60,50, Gasse 30, Plettenberg 30, Ulm 59, Schneider: Frankfurt 40, Görlitz 162, Jena 167, Königsberg 54, Lüdenscheid 70, Stettin 142, Textilarbeiter: Eckartsberga 10, Ortsverbände: Worms 13. Zusammen M. 1056,10. Bereits quittiert M. 28 750,75. Summa M. 29 806,85.

Berlin, den 26. Mai 1921.

Rudolf Klein, Verbandskassierer.

**Berichtigung:** In der 3. Quittung muß es heißen unter Fabrik- und Handarbeiter Beschäft. statt 36,50 M. — 56,50 M.

Die Ortsvereine und Ortsverbände werden nochmals dringend gebeten, die gesammelten Gelder für die streikenden Schneider umgehend einzusenden.

**Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.**

Berlin (Zentralrat). O. Vogel, N. 58, Koppenhagenstraße 41.

Liegnitz i. Schl. (Gewerkb. d. Lederarbeiter). K. Reuburger, Agitationsleiter, Emilienstr. 3d.

### Literatur.

**Eingegangene Bücher und Broschüren.**

**Arbeitsfreude.** Was wir von Amerika lernen können. Von Alma Gebin. An Stelle eines Vorworts: Der 9. November! Ein Gruß an das deutsche Volk. Von Eben Gebin. Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Preis geb. 16 M., geb. 20 M., in Ganzleinen 28 M.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Seitz, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221-23.  
Druck und Verlag: Goebcke u. Gallmel, Berlin E., Potsdamerstraße 110.